

Unterm Radar – Lebenslagen und politische Einstellungen armutsgefährdeter Gruppen

Caritas Klient:innenbefragung 2023

Wien, April 2023

Ausgangslage

Im Jahr 2022 waren in Österreich laut EU-SILC in etwa 1,5 Millionen Menschen (17,5% der Bevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Von diesen 1,5 Millionen Menschen waren rund 1,3 Millionen armutsgefährdet (60% des Median-Einkommens; 14,8%), 363.000 Personen lebten in Haushalten mit keiner oder sehr geringer Erwerbsintensität (5,7%) und 201.000 Personen (2,3%) litten unter erheblicher sozialer und materieller Deprivation¹. Im europäischen Vergleich liegt Österreich damit im besten Drittel und deutlich unter dem EU-27-Durchschnitt². Aufgrund der Corona Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und steigender Inflation wächst jedoch einerseits der Anteil armutsgefährdeter Menschen in Österreich und andererseits verschärft sich die Situation für jene, die schon davor von Armut betroffen waren³. Der Verbraucherpreisindex verzeichnet ein besonderes Wachstum bei den Kosten für Wohnung, Wasser, Energie, Verkehr und Nahrungsmittel⁴. Eine Studie des Momentum Instituts zeigt außerdem, dass das ärmste Fünftel der Bevölkerung besonders stark von der Inflation getroffen wird, wobei die Inflation im Jänner 2023 im ärmsten Fünftel der Haushalte mit 12,2% um zwei Prozentpunkte höher ausfällt als im Fünftel der Haushalte mit dem höchsten Einkommen⁵.

Die Sozialberatungsstellen der Caritas beraten und unterstützen Menschen in sozialen und finanziellen Notlagen. Im Rahmen dieser Tätigkeit soll in weiterer Folge armutsgefährdeten und in Armut lebenden Menschen in Wien und Niederösterreich eine Stimme gegeben und deren Lebenssituation, Bedürfnisse und Einstellungen beleuchtet werden. Im Zeitraum zwischen Dezember 2022 und März 2023 wurden 407 Klient:innen der Caritas an drei

¹ Statistik Austria (2022) Armut (<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut>)

² Statistik Austria (2022). Armut und soziale Eingliederung – FAQs. EU-SILC 2021. (www.statistik.at/fileadmin/pages/338/FAQs_Armut_April2023.pdf)

³ Mühlböck, M. et al. (2023) „So geht’s uns heute“ die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2022 – Schwerpunkt Wohlbefinden und Gesundheit. Auswertungen im Auftrag des BMSGPK (<https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6463/7/muehlboech-juen-2023-so-gehts-uns-heute.pdf>)

Steiber, N., Siegert, C. & Vogtenhuber, S. (2021) Die Erwerbssituation und subjektive finanzielle Lage privater Haushalte im Verlauf der Pandemie. Working Paper-Reihe der AK Wien. (https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/toc/AC16250989/16/LOG_0019/)

⁴ Statistik Austria (2023) Verbraucherpreisindex (<https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-und-preisindizes/verbraucherpreisindex-vpi/hvpi>)

⁵ Huber, A. (2023) Teuerung fällt für ärmere Haushalte spürbar höher aus. Momentum Institut. (<https://www.momentum-institut.at/teuerung-faellt-fuer-aermere-spuerbar-hoehere-aus>)

Standorten in Wien und Niederösterreich mittels einer Online- bzw. Telefonumfrage zu ihrer aktuellen Lebenssituation befragt.

7 von 10 Befragten hätte nicht gedacht jemals auf die Unterstützung einer Hilfsorganisation angewiesen zu sein

Hochgerechnet geben im dritten Quartal 2022 in etwa 16 Prozent der österreichischen Bevölkerung zwischen 16 und 69 Jahren an nur schwer mit ihrem laufenden Einkommen auszukommen. Diese Zahl ist seit dem Beginn des Jahres 2022 laufend gestiegen, wobei als Hauptgrund von 35% der Befragten die Inflation und Teuerung angeführt wird⁶. Die in der breiten Bevölkerung spürbaren Teuerungen betreffen armutsgefährdete bzw. von Armut betroffene Personen umso stärker. Die Caritas leistet dabei neben sozialer Unterstützung in Notlagen auch finanzielle Hilfe für Betroffene.

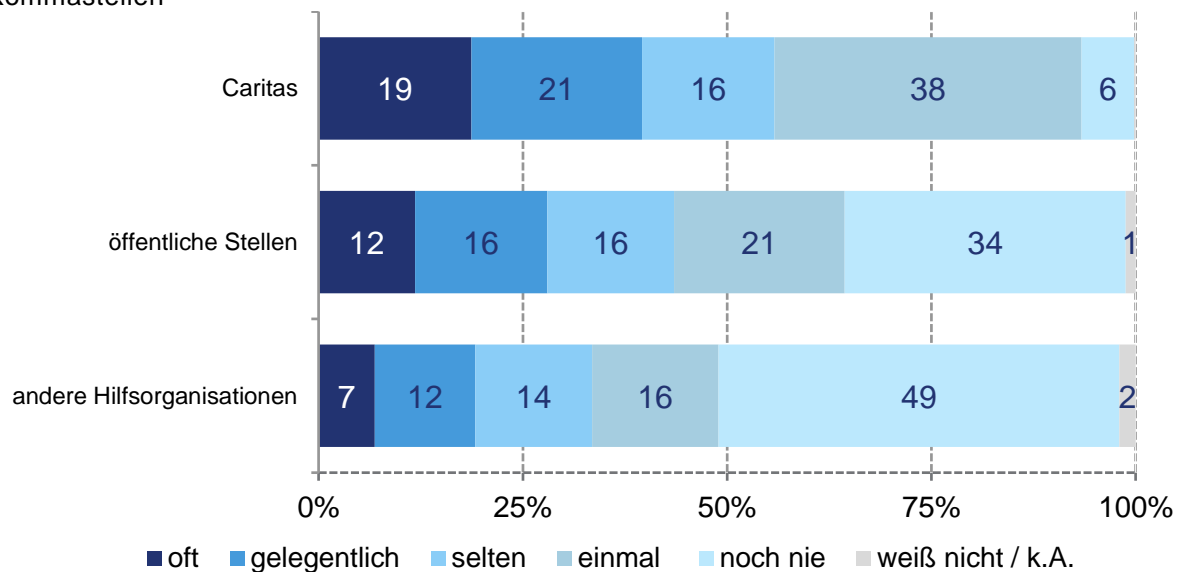
Im Rahmen der Klient:innenbefragung zeigt sich, dass kaum jemand damit rechnet Unterstützung zu brauchen: 72 Prozent der befragten Klient:innen geben an nicht daran gedacht zu haben jemals auf eine Hilfsorganisation angewiesen zu sein. Ältere Personen ab 55 Jahren waren eher davon überzeugt nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein (87%) im Vergleich zu den beiden jüngeren Altersgruppen (bis 35 Jahre: 66%; 36 bis 54 Jahre: 71%).

In Anspruch genommen werden nicht nur die Hilfsangebote der Caritas. Fast zwei Drittel der Befragten hat schon mindestens einmal Unterstützung durch eine öffentliche Stelle erhalten und 49 Prozent durch eine andere NGO (Vergleich Caritas: 94 Prozent haben schon mind. einmal Unterstützung erhalten). Personen mit einem Kind im Haushalt nehmen dabei weniger häufig Hilfsangebote der Caritas oder öffentlichen Stellen in Anspruch als Haushalte ohne Kinder bzw. mit mindestens zwei Kindern. Ihre derzeitige Notlage wird dabei von mehr als der Hälfte der Befragten (55%) als langfristig eingeschätzt.

⁶ Mühlböck, M. et al. (2023) „So geht's uns heute“ die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2022 – Schwerpunkt Wohlbefinden und Gesundheit. Auswertungen im Auftrag des BMSGPK (<https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6463/7/muehlboech-juen-2023-so-gehts-uns-heute.pdf>)

Abbildung 1: Inanspruchnahme von Unterstützung durch NGOs & öffentliche Stellen

Quelle: SORA, Angaben in Prozent n=407, Abweichungen von 100% aufgrund von Rundung von Kommastellen



Die Allgemeine Lebenszufriedenheit hat sich in den letzten 12 Monaten bei 7 von 10 Personen verschlechtert

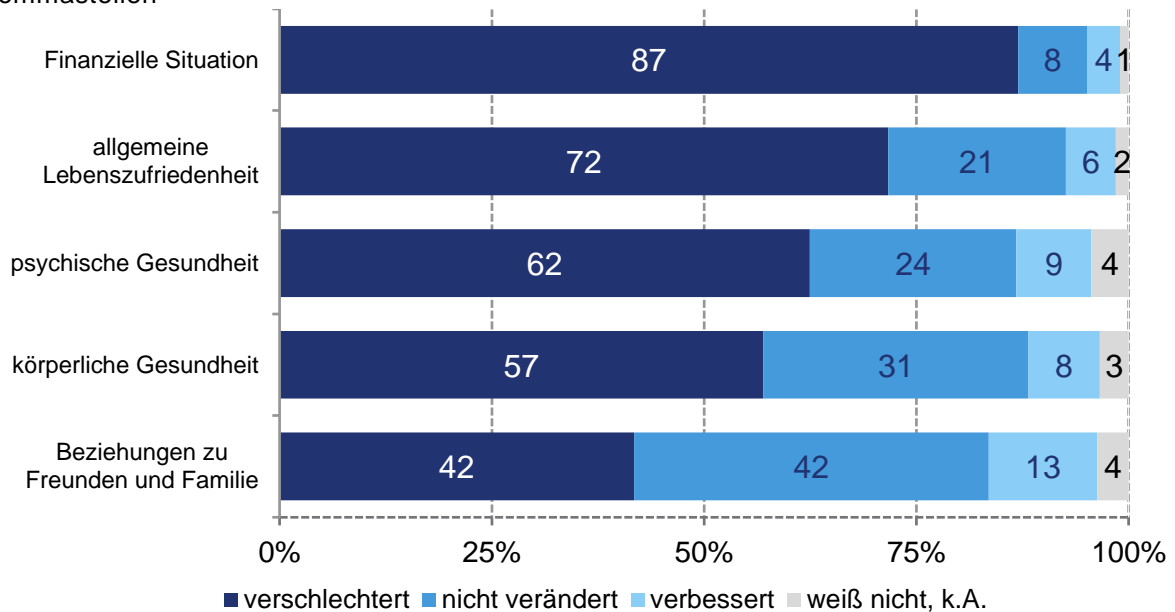
Studien zeigen, dass besonders Einelternfamilien, Familien mit mehreren Kindern, Familien mit bildungsfernen Eltern und Personen mit Migrationshintergrund am stärksten von der Pandemie betroffen waren⁷. Eine ähnliche Struktur zeigt sich auch im Rahmen der Klient:innenbefragung der Caritas. Rund 57 Prozent der Befragten leben mit Kindern unter 14 Jahren im gleichen Haushalt, 3 von 10 der Befragten haben mehr als ein Kind und von rund 57 Prozent der Befragten sind beide Eltern im Ausland geboren. Ein Viertel der befragten Klient:innen sind darüber hinaus alleinerziehende Mütter. Weiters ist die höchste abgeschlossene Schulbildung von rund je einem Drittel der Befragten maximal ein Pflichtschul- bzw. Lehr- oder Berufsschulabschluss (21% haben mindestens eine Matura, 12% der Befragten machten keine Angabe).

Ein Blick auf die subjektiv empfundenen Veränderungen in den vergangenen 12 Monaten zeigt, dass sich die finanzielle Situation für 8 von 10 Befragten und die allgemeine Lebenszufriedenheit bei 7 von 10 Befragten verschlechtert hat. Negative Veränderungen im letzten Jahr verorteten 62 Prozent der Befragten bei ihrer psychischen und 57 Prozent im Kontext ihrer körperlichen Gesundheit. Die Beziehungen zu Freunden und Familie bleiben verhältnismäßig stabil, wobei sich für 42 Prozent der Befragten die Situation nicht verändert hat und 13 Prozent angeben, dass sie sich verbessert hat (Abbildung 2).

⁷ Heizmann, Karin et al. (2020). Armut und soziale Ausgrenzung während der COVID-19 Pandemie. Studie im Auftrag des BMSGPK. (<https://www.wu.ac.at/ineq/forschung/projekte/archiv/armut-und-covid-19/>)

Abbildung 2: Veränderungen in den vergangenen 12 Monaten

Quelle: SORA, Angaben in Prozent n=407, Abweichungen von 100% aufgrund von Rundung von Kommastellen



Damit sich die Lebenssituation positiv verändern kann, verorten 8 von 10 der Befragten sehr bzw. eher großen Unterstützungsbedarf in Bezug auf finanzielle Leistungen im Allgemeinen und fast drei Viertel im Kontext des leistbaren Wohnens. Je fast der Hälfte der befragten Klient:innen wünscht sich sehr oder eher Unterstützung in Bezug zu ihrer körperlichen (49%) oder psychischen (47%) Gesundheit und 42 Prozent haben einen (eher) großen Unterstützungsbedarf in Bezug auf rechtliche Sachverhalte. Weniger Unterstützungsbedarf verorten die Befragten im Kontext der Betreuung von Kindern (27%), pflegebedürftigen Menschen (19%) und Konflikten in der Familie (16%).

Ruf nach Unterstützungsleistungen für armutsgefährdete Haushalte nicht nur von Betroffenen

Ein Blick auf die Maßnahmen gegen die Teuerung zeigt, dass Einmalzahlungen nicht armutsfest sind. Gegensätzlich würde jenes Fünftel der Haushalte mit dem geringsten Einkommen am stärksten von einer Erhöhung der Sozialleistungen bzw. der Valorisierung von Familienbeihilfe und Pflegegeld profitieren⁸.

⁸ Tölgyes, J. (2022). Mehr Sozialleistungen und weniger Steuern gegen die Teuerung? Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Vorschläge im Verteilungsscheck. Momentum Institut Policy Brief 08/2022.

(<https://www.momentum-institut.at/system/files/2022-05/PB%202022.08%20Verteilungsschek%20Anti-Teuerung.pdf>)

Statistik Austria (2022). Armut und soziale Eingliederung – FAQs. EU-SILC 2021.

(https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/FAQs_Armut_April2022.pdf)

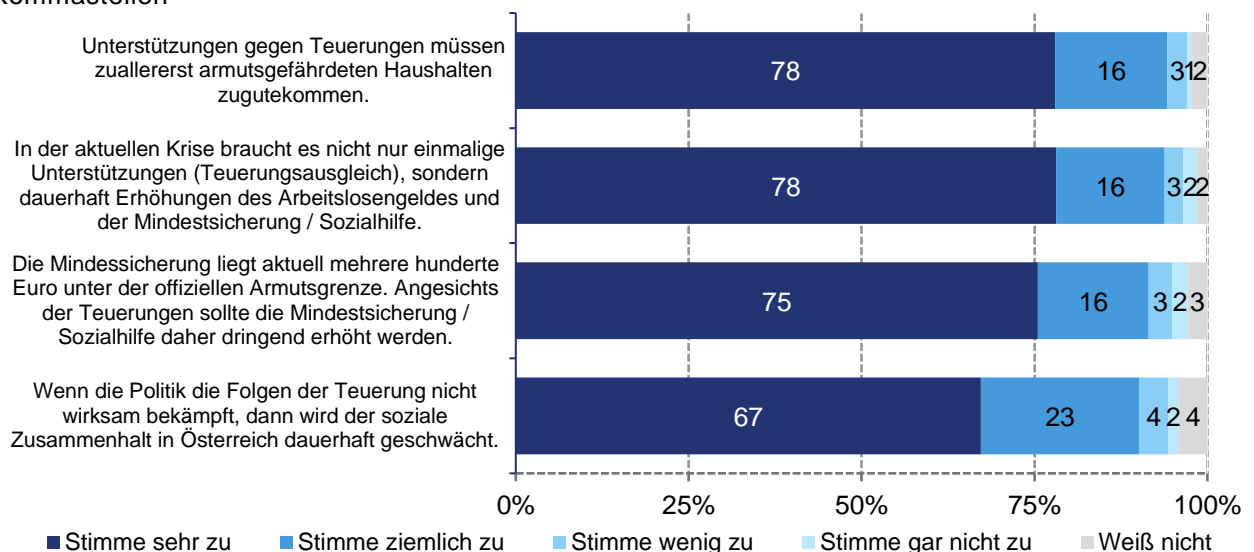
Auch im Rahmen der Kurzbefragung durch die Caritas⁹ und bei der Klient:innenbefragung zeigt sich, dass in etwa 9 von 10 der Befragten der Aussage, dass Unterstützungen gegen die Teuerung zuallererst armutsgefährdeten Haushalten zugutekommen müssen (94% Klient:innenbefragung; 89% Kurzbefragung) bzw. in der aktuellen Krise nicht nur einmalige Unterstützungen, sondern dauerhafte Erhöhungen der Sozialleistungen notwendig sind (94% Klient:innenbefragung, 83% Kurzbefragung) sehr oder ziemlich zustimmen. Die österreichische Bevölkerung zeigt sich hier solidarisch mit jenen Personen, welche stärker von der Teuerung betroffen sind.

Die spürbaren Teuerungen in der breiten Bevölkerung führen weiters dazu, dass nur 22 Prozent der befragten Klient:innen (23% Kurzbefragung) der Aussage sehr oder ziemlich zustimmen, dass die Politik sie bei der Bekämpfung der Teuerung unterstützt hat. Mehr als drei Viertel der Personen fühlt sich demnach wenig oder gar nicht von der Politik unterstützt.

Weiters fürchtet die österreichische Bevölkerung um den sozialen Zusammenhalt. Es herrscht Besorgnis darüber, dass bei einer unzureichenden Bekämpfung der Teuerung durch die Politik der soziale Zusammenhalt in Österreich dauerhaft geschwächt wird (90% Klient:innenbefragung; 84% Kurzbefragung).

Abbildung 3: Aufgaben der Politik zur Bekämpfung der Teuerungen

Quelle: SORA, Angaben in Prozent n=407, Abweichungen von 100% aufgrund von Rundung von Kommastellen



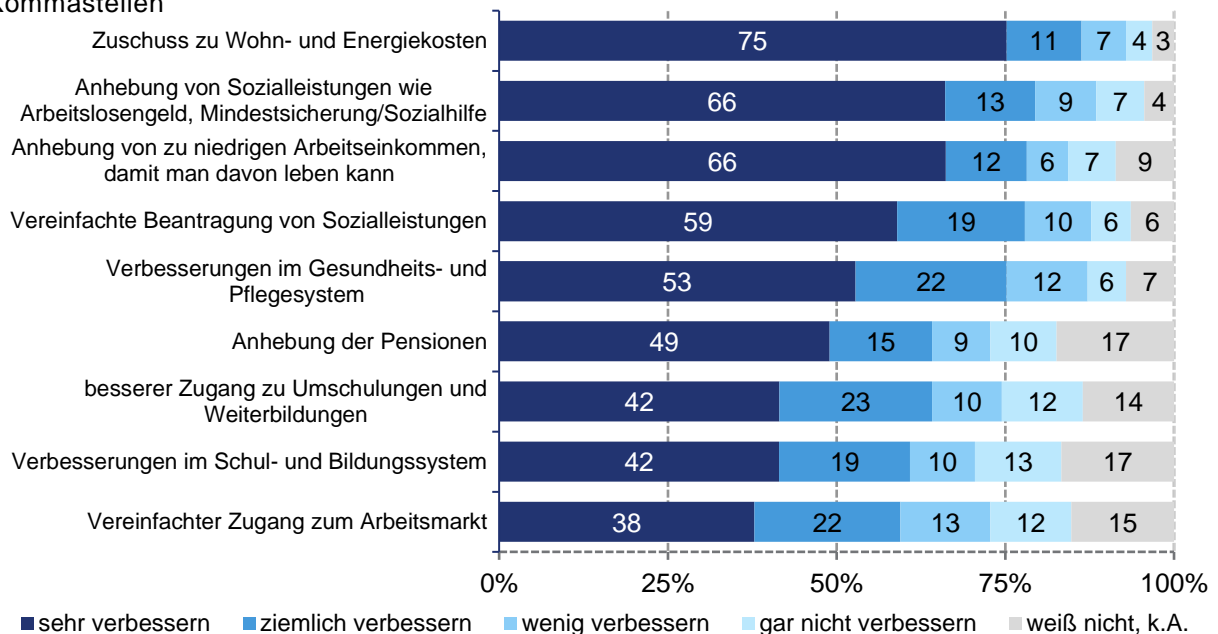
Bei der Frage, welche politischen Maßnahmen das eigene Leben dabei sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht verbessern würden, wünschen sich die befragten Klient:innen mehrheitlich einen Zuschuss zu Wohn- und Energiekosten (86% sehr oder ziemlich verbessern) und eine Anhebung von Sozialleistungen (79%) bzw. niedrigen Arbeitseinkommen (78%), sodass man von diesen leben kann. Ein weiterer zentraler Aspekt, bei dem die Befragten Verbesserungspotenzial sehen ist die vereinfachte

⁹ Durchgeführt von SORA (Oktober 2022), n=1.011 f2f-Interviews zum Thema Teuerungen und Inflation in Österreich (Erhebung 09/2022), repräsentativ für die österreichische Bevölkerung

Beantragung von Sozialleistungen. Es geben 78 Prozent an, dass dies ihr Leben sehr oder ziemlich verbessern würde.

Abbildung 4: Verbesserung der Lebenssituation durch politische Maßnahmen

Quelle: SORA, Angaben in Prozent n=407, Abweichungen von 100% aufgrund von Rundung von Kommastellen



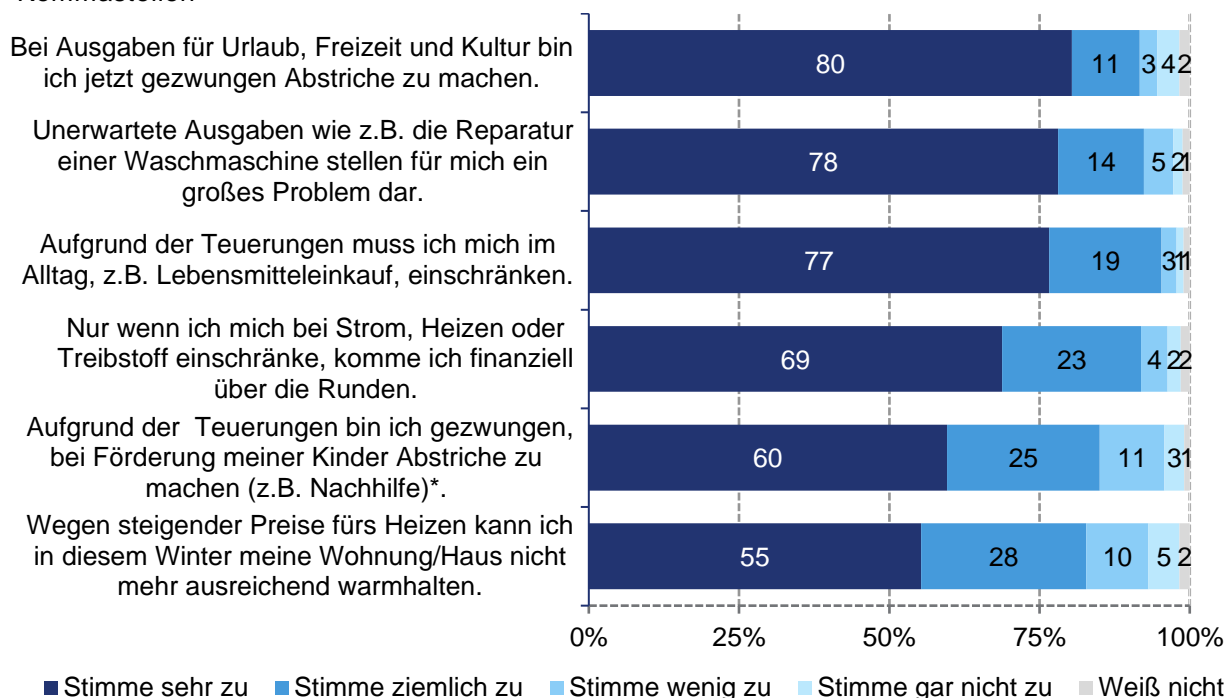
Steigende Kosten im Lebensmittelbereich: 96 Prozent der Befragten müssen sich beim Lebensmitteleinkauf einschränken.

Die Teuerung ist in der breiten Bevölkerung angekommen und trifft besonders armutsgefährdete Gruppen. Dies ist ersichtlich, da diese Personen nicht nur bei Ausgaben im Bereich der Freizeit sparen müssen, sondern auch bei Lebenserhaltungskosten.

96 Prozent der Klient:innen stimmen der Aussage, dass sie sich aufgrund der Teuerungen im Alltag bei z.B. dem Lebensmitteleinkauf einschränken müssen, sehr oder ziemlich zu. 9 von 10 Personen (92%) schränken sich in den Bereichen Strom, Heizung und Treibstoff ein, um finanziell über die Runden zu kommen und 83 Prozent sind aus finanziellen Gründen nicht mehr in der Lage ihre Wohnung/Haus ausreichend warm zu halten. Weiters sind für 9 von 10 Personen unerwartete Ausgaben wie beispielsweise die Reparatur einer Waschmaschine ein großes Problem (92% stimmen sehr und ziemlich zu) und 91 Prozent der befragten Klient:innen sehen sich dazu gezwungen Abstriche bei ihren Ausgaben für Urlaub, Freizeit und Kultur zu machen.

Abbildung 5: Aussagen zur Teuerung in Österreich

Quelle: SORA, Angaben in Prozent n=407, Abweichungen von 100% aufgrund von Rundung von Kommastellen



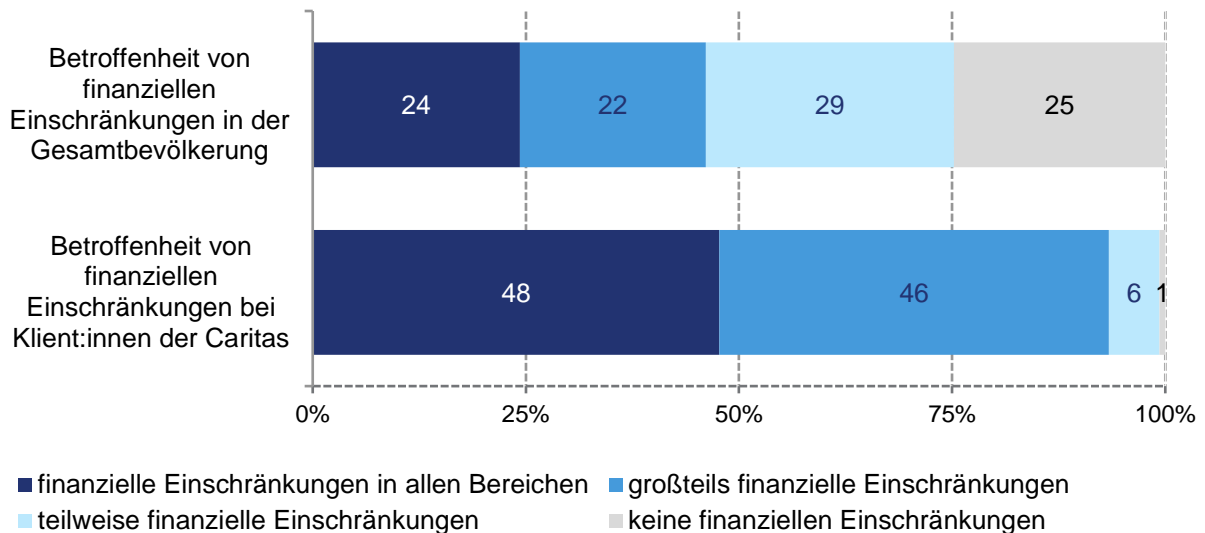
*Nur Personen mit zumindest einem Kind unter 14 im Haushalt.

Während die verschiedenen Bereiche (Lebensmitteleinkauf, Freizeit, Energiekosten, unerwartete Ausgaben, Wohnkosten, Angewiesensein auf finanzielle Hilfe) bereits das Ausmaß der Betroffenheit deutlich machen, zeigen die Ergebnisse darüber hinaus, dass sich fast die Hälfte der befragten Klient:innen (48%) in all diesen sechs Bereichen finanziell einschränken müssen. Weitere 46 Prozent müssen sich in vier bis fünf Bereichen einschränken. Ein Vergleich mit der Kurzbefragung der österreichischen Gesamtbevölkerung zeigt, wie schwerwiegend die Situation ist. Auch in der Gesamtbevölkerung ist fast ein Viertel der Bevölkerung von finanziellen Einschränkungen in allen Bereichen betroffen, jedoch muss sich auch ein Viertel der Befragten überhaupt nicht finanziell einschränken (Vergleich Klient:innenbefragung 1% keine finanziellen Einschränkungen).

Die Betroffenheit von finanziellen Einschränkungen nimmt mit dem Alter ab: so muss sich die Hälfte der Personen bis 35 Jahre in allen Bereichen finanziell einschränken im Vergleich zu 42% der ältesten Altersgruppe (ab 55 Jahre). Außerdem müssen sich auch Personen, welche sich der unteren Mittelschicht zugehörig fühlen, stärker finanziell einschränken. Letztere Personengruppe ist dabei jene, welche durch die Teuerungen am stärksten gefährdet sind, da sie sich ihren gewohnten Lebensstandard aufgrund steigender Lebenserhaltungskosten eventuell nicht mehr finanzieren können.

Abbildung 6: Betroffenheit von finanziellen Einschränkungen

Quelle: SORA, Angaben in Prozent n=407, Abweichungen von 100% aufgrund von Rundung von Kommastellen



Anm.: Summierter Index nach Zustimmung „stimme sehr/ziemlich zu“ oder „stimme wenig/gar nicht zu“ der Fragen:

- Bei Ausgaben für Urlaub, Freizeit und Kultur bin ich jetzt gezwungen Abstriche zu machen.
- Aufgrund der Teuerungen muss ich mich im Alltag z.B. Lebensmitteleinkauf einschränken.
- Nur wenn ich mich bei Strom, Heizen oder Treibstoff einschränke, komme ich finanziell über die Runden.
- Wegen der steigenden Preise fürs Heizen kann ich in diesem Winter meine Wohnung / Haus nicht mehr ausreichend warmhalten.
- Ich habe mich durch den Anstieg der Kosten verschulden müssen bzw. bin auf finanzielle Hilfe angewiesen.
- Unerwartete Ausgaben wie z.B. die Reparatur einer Waschmaschine oder der Therme stellen für mich ein großes Problem dar.

Kategorisierung: finanzielle Einschränkungen in allen Bereichen: alle (6) Einschränkungen treffen zu; Großteils finanzielle Einschränkungen: 4 bis 5 Einschränkungen treffen zu; teilweise finanzielle Einschränkungen: 1 bis 3 Einschränkungen treffen zu; keine Einschränkungen: keine der 6 Einschränkungen trifft zu

8 von 10 Klient:innen sind von erheblicher materieller und sozialer Deprivation betroffen

Von materieller und sozialer Deprivation betroffen sind Personen, die sich bestimmte Dienstleistungen bzw. soziale Tätigkeiten nicht mehr leisten können, die von den meisten Menschen als für eine angemessene Lebensführung wünschenswert oder notwendig angesehen werden¹⁰. Für die vorliegenden Auswertungen wurden die EU-Indikatoren zur materiellen und sozialen Deprivation für die Bevölkerung herangezogen, die auf einer Liste an Gütern auf Haushaltsebene bzw. individueller Ebene zentral sind. Darüber hinaus wurden auch vier zusätzliche Deprivationsmerkmale, welche nicht im europaweiten Konstrukt berücksichtigt werden, abgefragt. Diese umfassten die Fähigkeit unerwartete Ausgaben in der Höhe von €650 zu bewältigen, den Besitz einer Jahreskarte, die

¹⁰ Eurostat (2020) Materielle Deprivation (https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Material_deprivation/de)

Möglichkeit medizinische Behandlungen / Medikamente zu bezahlen und notwendige Reparaturen in der Wohnung/Haus durchführen zu lassen.

Dabei zeigt sich, dass während für 29 Prozent der Österreicher:innen unerwartete Ausgaben in der Höhe von €1.300 ein Problem darstellen¹¹, für 95% der Klient:innen der Caritas schon unerwartete Ausgaben in der Höhe von €650 ein Problem sind. Nur zwei Prozent der 407 Befragten sieht sich in der Lage unerwartete Ausgaben in Höhe von €1.300 tätigen zu können. Einschränkungen gibt es vorrangig im Freizeitbereich, wobei je 9 von 10 Personen keinen regelmäßigen Freizeitaktivitäten nach gehen oder min. einmal im Jahr verreisen. Weiters sehen sich 92 Prozent nicht in der Lage abgenutzte Möbel zu ersetzen, 89 Prozent können keine notwendigen Reparaturen durchführen und fast die Hälfte der Klient:innen (48%) sieht sich nicht in der Lage medizinische Behandlungen oder Medikamente zu bezahlen. Die Auswirkungen der Inflation auf armutsgefährdete Gruppen zeigen sich jedoch auch stark im Kontext der Einsparungen bei Grundbedürfnissen.

Tabelle 1 zeigt den Anteil jener Personen, die sich eine bestimmte Ausgabe nicht leisten können und vergleicht die österreichische Bevölkerung im dritten Quartal 2022 mit den Daten der Klient:innenbefragung. Der Vergleich mit der österreichischen Gesamtbevölkerung zeigt nachdrücklich, wie belastend die Lebenssituation für armutsgefährdeter Personen derzeit ist. So geben mehr als drei Viertel der befragten Klient:innen (76%) an, sich nicht jeden zweiten Tag ein Hauptgericht leisten zu können und 73 Prozent können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten. Ausgaben für einen jährlichen Urlaub sind für 90 Prozent nicht leistbar. Rund 8 von 10 Klient:innen sind nicht in der Lage einmal im Monat auszugehen oder sich eine Kleinigkeit zu gönnen.

¹¹ Mühlböck, M. et al. (2023) „So geht's uns heute“ die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2022 – Schwerpunkt Wohlbefinden und Gesundheit. Auswertungen im Auftrag des BMSGPK (<https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6463/7/muehlboech-juen-2023-so-gehts-uns-heute.pdf>)

Tabelle 1: EU-Indikatoren zur sozialen oder materiellen Deprivation vergleichend zwischen der österreichischen Bevölkerung und Klient:innen der Caritas Sozialberatung, Angaben in Prozent

Was nicht leistbar ist:	Klient:innen	Anteil der österr. Bevölkerung im Q3/2022
<i>Unerwartete Ausgaben in Höhe von €1.300</i>	98,3	28,9
<i>Unerwartete Ausgaben in Höhe von €650</i>	95,3	-
<i>Regelmäßige Freizeitaktivitäten</i>	93,9	25,3
<i>Ersetzen abgenutzter Möbel</i>	91,9	17,4
<i>Jährlicher Urlaub</i>	90,2	28,2
<i>Sich Kleinigkeiten gönnen</i>	84,0	14,6
<i>Einmal im Monat auszugehen</i>	82,3	10,3
<i>Privater PKW</i>	77,4	7,3
<i>Hauptgericht jeden 2. Tag</i>	75,9	9,1
<i>Wohnung warm halten</i>	72,5	11,3
<i>Ersetzen abgetragener Kleidung</i>	70,3	7,2
<i>Wohnkosten oder Kredite pünktlich zu bezahlen</i>	59,5	7,1
<i>Zwei Paar Alltagsschuhe</i>	47,2	3,5
<i>Zufriedenstellende Internetverbindung</i>	37,1	1,3

Quelle: Statistik Austria (2023) „So geht’s uns heute“ (Welle 4: Q3/2022, n=3.206, gewichtete Ergebnisse)
Quelle: SORA (2023) Unterm Radar – Caritas Klient:innenbefragung (n=407)

Erhebliche materielle und soziale Deprivation ist definiert als die unfreiwillige Unfähigkeit für mindestens sieben der EU-Indikatoren nicht finanziell aufkommen zu können. Auf Basis dieser Definition gelten 8 von 10 der befragten Klient:innen als erheblich materiell und sozial depriviert. Dabei sind besonders arbeitssuchende Personen und jene mit einem niedrigeren Bildungsabschluss (maximal Pflichtschule oder Lehre/BMS) von materieller und sozialer Deprivation betroffen.

Als weiteren Indikator für Armutsgefährdung kann das Haushaltseinkommen von Befragten herangezogen werden. Laut dieser Definition sind im Jahr 2021 1.292.000 Personen der österreichischen Bevölkerung (fast 15%) armutsgefährdet, da sie ein Einkommen unter der Armutsschwelle haben¹². Aufgrund der Teuerung ist davon auszugehen, dass der Anteil sowohl im Jahr 2022 und 2023 steigen wird. Die Daten der Klient:innenbefragung zeigen, dass 352 der 407 Befragten (87%) aufgrund ihres Haushaltseinkommens¹³ als armutsgefährdet gelten (8% nicht armutsgefährdet, 5% nicht berechenbar aufgrund

¹² Die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle bezieht sich auf 60 Prozent des Medianeinkommens und beträgt €1.371 monatlich für einen Einpersonen-Haushalt (12-mal / Jahr). Der Wert erhöht sich pro weiterer erwachsener Person um den Faktor 0,5 und je Kind unter 14 Jahren im Haushalt um den Faktor 0,3 (Armutskonferenz, 2023. Aktuelle Armutszahlen. <https://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/aktuelle-armuts-und-verteilungszahlen.html>)

¹³ Berechnung: Berechnung des Faktors gemäß Vorgaben, Einkommen abgefragt in Klassen. Herangezogen wurde zur Berechnung die obere Einkommensgrenze.

fehlender Angaben). Dabei sind Personen mit zumindest einem Kind eher armutsgefährdet (94% der Klient:innen) als jene ohne Kinder (88%).

Weiters wurden die Befragten danach gefragt, welcher Schicht sie sich jetzt und in ihrer Kindheit zuordnen würden. Dabei verortet sich fast die Hälfte der befragten Klient:innen in der unteren Schicht bzw. Arbeiter:innenklasse und 31 Prozent in der unteren Mittelschicht (1,2% obere Mittelschicht, 20% keine Angabe). In ihrer Kindheit nahm sich ein Drittel der Befragten in der unteren Schicht bzw. Arbeiter:innenklasse und 36 Prozent in der unteren Mittelschicht wahr. Deutlich mehr Personen (14%) ordneten sich in Bezug auf ihre Kindheit in der oberen Mittelschicht ein (17% keine Angabe). Ein Vergleich beider Angaben zeigt, dass der Großteil der Befragten (41%) keine Veränderung feststellen, 7 Prozent berichten von einem sozialen Aufstieg und 29 Prozent von einem sozialen Abstieg (23% machten keine Angabe).

Wenn Heizen zum Luxus wird: 8 von 10 Personen können aufgrund steigender Kosten ihren Lebensraum nicht ausreichend warmhalten.

Besonders die Wohnkosten stellen für viele Österreicher:innen im Kontext der Teuerung eine Herausforderung dar. Im dritten Quartal 2022 gibt fast jede:r Vierte an diese als schwere finanzielle Belastung für den Haushalt wahrzunehmen¹⁴. Dies ist auch daran ersichtlich, dass beispielsweise fast drei Viertel der Klient:innen den größten Unterstützungsbedarf im Bereich des leistbaren Wohnen verorten und 86 Prozent angeben, dass sich ihre Lebenssituation bei einem Zuschuss zu Wohn- und Energiekosten sehr oder ziemlich verbessern würde. Dies liegt auch an dem Rechtsverhältnis der Wohnsituation: 61 Prozent der Klient:innen wohnt zur Hauptmiete in einem Gemeindebau bzw. einer Genossenschaftswohnung und 18 Prozent in einem anderen Hauptmietverhältnis.

Dabei ist besonders die Kombination von steigenden Mieten und hohen Energiekosten im Winter belastend. 83 Prozent der befragten Klient:innen stimmen der Aussage aufgrund der Kosten ihre Wohnung nicht ausreichend warmhalten zu können sehr oder ziemlich zu und 86 Prozent haben sehr oder ziemlich Sorgen sich bei einem weiterem Anstieg der Energie- und Wohnkosten zu verschulden. Darüber hinaus sind fast sechs von zehn Personen nicht in der Lage Wohnkosten oder Kredite pünktlich zu bezahlen.

Eine weitere Studie der Gesundheit Österreich in Kooperation mit der Volkshilfe¹⁵ zeigt, dass mehr als die Hälfte der Eltern bei von Armut betroffenen Familien (58%) angeben, aufgrund der Heizkosten andere Bedürfnisse ihrer Kinder (wie beispielsweise Freizeitaktivitäten, Gewand oder Essen und soziale Kontakte) einschränken zu müssen.

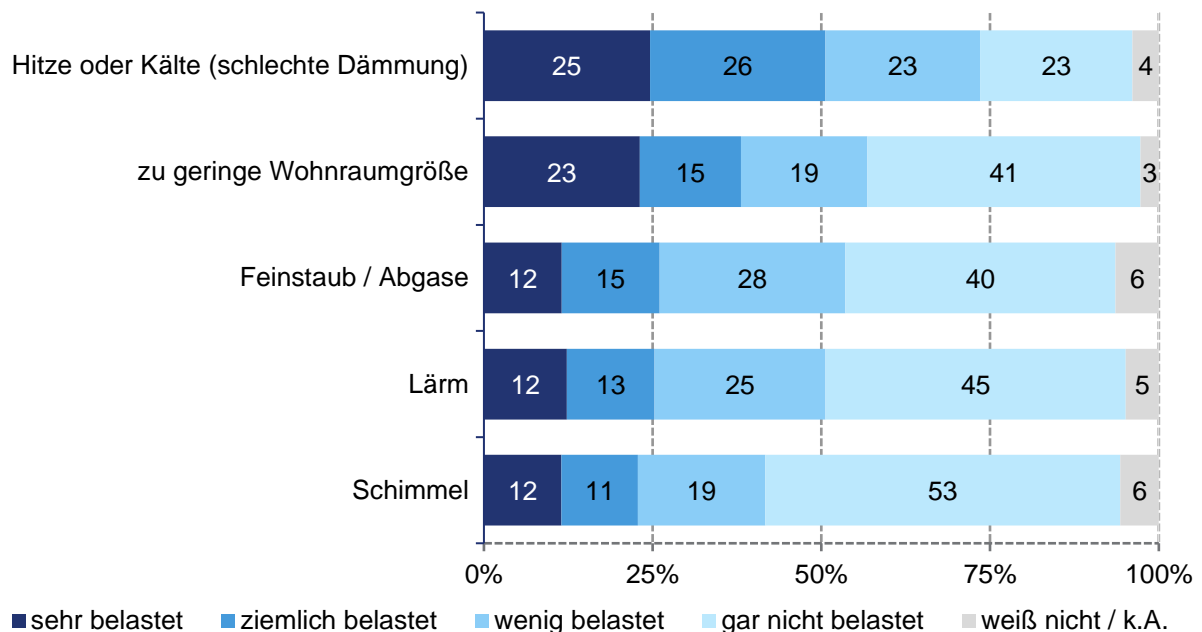
¹⁴ Mühlböck, M. et al. (2023) „So geht's uns heute“ die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2022 – Schwerpunkt Wohlbefinden und Gesundheit. Auswertungen im Auftrag des BMSGPK (<https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6463/7/muehlboech-juen-2023-so-gehts-uns-heute.pdf>)

¹⁵ Aigner, E., Brugger, K., Lichtenberger, H., Ranftler, J., Schmidt, A., (2023) Multiple Belastungen: Analyse von Gesundheit, Wohn- und Lebensbedingungen von Armut betroffener Familien im Winter 2022/2023. Gesundheit Österreich, Wien

Dies zeigt sich auch im Kontext der Klient:innenbefragung, wobei 51 Prozent der Befragten angeben durch Hitze oder Kälte in ihrem Wohnraum sehr oder ziemlich belastet zu sein. Weiters belastend sind besonders eine zu geringe Wohnraumgröße (38%), Feinstaub- bzw. Abgasbelastung (27%), Lärm (25%) und Schimmel (23%).

Abbildung 7: Herrschende Wohnraumbelastung

Quelle: SORA, Angaben in Prozent n=407, Abweichungen von 100% aufgrund von Rundung von Kommastellen



Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Teuerung trifft nicht nur die Mittelschicht, sondern auch und vor allem die ärmeren Schichten der Gesellschaft. Diejenigen, die am meisten unter den steigenden Preisen leiden, sind diejenigen, die sich in einer finanziell prekären Situation befinden und bereits armutsgefährdet sind. Die Klient:innen der Caritas Sozialberatungsstellen spüren die Auswirkungen der Teuerung besonders hart, da insbesondere Güter des täglichen Bedarfs (Energie, Lebensmittel, Wohnen) überdurchschnittlich hohe Teuerungsraten aufweisen.

Zusammenfassend zeigt sich die starke Belastung armutsgefährdeter und in Armut lebender Menschen in Wien und Niederösterreich. Die Hälfte der Befragten ist dabei bereits gezwungen sich in allen Bereichen finanziell einzuschränken, wobei dies im Vergleich nur auf ein Viertel der Gesamtbevölkerung Österreichs zutrifft. 81% der Caritas-Klient:innen sind von erheblicher Deprivation betroffen. Dies bedeutet, dass sie Schwierigkeiten haben, sich lebensnotwendige Dinge wie Nahrung, Kleidung oder Medizin zu finanzieren. Die Teuerung verschärft diese Probleme und erhöht das Risiko, dass die Betroffenen aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden.

Güter, die sich die Befragten nicht leisten können, sind nicht nur der Urlaubs- oder Freizeitbereich (9 von 10 Klient:innen machen hier bereits Abstriche), sondern Einschränkungen beim Lebenserhalt: Rund drei von vier Befragten können sich nicht jeden zweiten Tag eine Hauptmahlzeit leisten, sieben von zehn Klient:innen geben an ihre Wohnung nicht ausreichend warm halten zu können. Unterstützung wünschen sich die Befragten besonders im Bereich der Wohnkosten, wobei jede:r Vierte von Kälte im Wohnraum belastet ist.

Die Mehrheit der Befragten hätten nicht gedacht, dass sie jemals Unterstützung durch eine Hilfsorganisation benötigen würden. Die Caritas leistet wichtige Hilfe, indem sie den Klient:innen dabei hilft, finanzielle Engpässe abzufedern und ihre elementaren Bedürfnisse zu decken. Die Klient:innen schätzen ihre Notlage überwiegend als langfristig ein, was auch einen längerfristigen Unterstützungsbedarf nach sich zieht. Der Sozialstaat trägt dabei entscheidend zum sozialen Ausgleich bei und wirkt armutspräventiv. In Krisenzeiten gilt es armutsgefährdete bzw. von Armut betroffene Personen durch wirksame und nachhaltige Maßnahmen zu unterstützen. Wie dringend notwendig dies ist sieht man daran, dass sich bei neun von zehn Befragten die finanzielle Situation und bei sechs von zehn Personen die physische und/oder psychische Gesundheit in den letzten 12 Monaten verschlechtert hat. Österreich zeigt sich dabei solidarisch, da neben den 94 Prozent der Klient:innen auch 90 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung¹⁶ der Ansicht sind, dass Unterstützung vorrangig ärmeren Haushalten zugutekommen sollte. Es gilt die Stärken des Sozialstaats auszubauen und Schwächen zu korrigieren, sodass Grundbedürfnisse wie die Wohnung ausreichend zu heizen, Lebensmittel einzukaufen und unerwartete Ausgaben tätigen zu können für alle Personen möglich ist. Statt Einmalzahlungen ist eine kontinuierliche Existenzsicherung notwendig, um langfristige Hilfe zu gewährleisten.

¹⁶ Befragung von SORA (Oktober 2022), n=1.011 f2f-Interviews zum Thema Teuerungen und Inflation in Österreich (Erhebung 09/2022), repräsentativ für die österreichische Bevölkerung

Hinweise zur Studie

Die Pilotstudie widmet sich der Lebenslage und politischen Einstellung armutsgefährdeter Gruppen in Wien und Niederösterreich. SORA hat im Auftrag der Caritas Erzdiözese Wien eine Klient:innenbefragung zur Lebenssituation armuts- und ausgrenzungsgefährdeter Menschen erhoben. Zwischen Dezember 2022 und März 2023 wurden 407 Telefon bzw. Online-Interviews mit Klient:innen der Sozialberatung dreier Standorte in Wien und Niederösterreich durchgeführt.

Die Erhebung führte SORA mit dem Kooperationspartner Jaksch und Partner durch.

Daten zur Untersuchung

Thema:	Unterm Radar – Lebenslagen und politische Einstellungen armutsgefährdeter Gruppen
AuftraggeberIn:	Caritas der Erzdiözese Wien
Beauftragtes Institut:	SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien
Wissenschaftliche Leitung:	David Baumegger, MSc
AutorInnen:	David Baumegger, MSc Karoline Bohrn, MA MA
Erhebungsgebiet:	Wien und Niederösterreich (Österreich)
Grundgesamtheit:	Klient:innen der Sozialberatung in Wien und Niederösterreich (3 Standorte)
Stichprobenumfang:	407 Personen
Art der Befragung:	standardisierter Fragebogen (CAWI & CATI; Jaksch & Partner)
Befragungszeitraum:	Dezember 2022 bis März 2023